Jahresbericht 2020



Jena Center

Geschichte des 20. Jahrhunderts 20th Century History

30

Gremien



astprofessur udolf Herz
udolf Herz
ranstaltungen
eschichte der Politischen Bildung
iegsende 1945
rael - eine Utopie?
oktorandenschule
tglieder 2020
eminartag mit Nina Verheyen
eminartag mit Franka Maubach und Daniel Stahl
eminartag mit Ilko-Sascha Kowalczuk
eminartage mit Rudolf Herz
eminartage "Unter uns"
rschung
e Bundespräsidenten und die NS-Vergangenheit
enschenrechte im 20. Jahrhundert
ographie Hans Rosenberg
udierende in der Forschung
asterstudiengang
n Jena nach New York
er aktuelle Jahrgang GP20
ıblikationen

Vorwort

Dieser Jahresbericht kommt – wie die Jahresbilanzen vieler anderer (nicht nur akademischer) Einrichtungen - ohne das Wörtchen "herausfordernd" nicht ganz aus: Mitte März zeichnete sich ab, dass unsere hergebrachten Lehr-, Forschungs- und Veranstaltungsformate im Sommersemester aufgrund der Pandemie nicht zu halten sein würden. Unmittelbar betroffen war unser aufwendig vorbereitetes Symposion Kriegsende 1945, das am 3. und 4. April in der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften hätte stattfinden sollen. Immerhin: Wir konnten das Symposion, zu dem neben international renommierten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern auch zahlreiche Gäste aus Politik, Kultur und Medien ihr Kommen angekündigt hatten, unter hohem Zeitdruck in einen Video- und Podcast-Auftritt verwandeln. Dazu, dass die damit verbundenen, nun ja: Herausforderungen gemeistert werden konnten, haben viele beigetragen. Mein Dank gilt zunächst den Vortragenden, die wie selbstverständlich von überall her ihre digitalen Beiträge schickten, dann aber auch allen, die bei der Einrichtung des Internetauftritts geholfen haben. Glücklicherweise war ein paar Monate zuvor die renovierte Homepage des Jena Center Geschichte des 20. Jahrhunderts ans Netz gegangen, die diese Präsentationsform überhaupt erst möglich gemacht hat.

Wie ich inzwischen weiß, war für das Berliner Symposion ein bis zuletzt verheimlichter Programmpunkt vorgesehen. Genauer gesagt, sollte mir ein Band mit dem denkwürdigen Titel *Demokratisierung der Deutschen* überreicht werden, den Tim Schanetzky, Tobias Freimüller, Kristina Meyer, Sybille Steinbacher, Dietmar Süß und Annette Weinke gänzlich hinter meinem Rücken, aber zu meinen Ehren auf den Weg gebracht hatten. Auch diese Zeremonie musste schließlich ins Digitale verlegt werden, weshalb ich meinen tiefempfundenen Dank an alle, die am Zustandekommen dieses wunderbaren Buches Anteil hatten, hier noch einmal zum Ausdruck bringen möchte.

Im ersten Schock der Pandemie haben wir auch die für das Sommersemester geplante Gastprofessur von Rudolf Herz verschoben – in der Hoffnung, im Wintersemester dann doch wieder Präsenzveranstaltungen abhalten zu können. Wie dieser Jahresbericht erweist, haben wir uns unterdessen natürlich längst auf die "neue Realität" eingestellt.

Äußerlich komplikationslos, aber innerlich nicht ganz so leicht fiel der Abschied von Kristina Meyer, unserer langjährigen wissenschaftlichen Geschäftsführerin, die im April an die Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung wechselte. Ich darf ihr auch an dieser Stelle für mehr als 15 Jahre einer hervorragenden Zusammenarbeit danken – und ihre Nachfolgerin Jenny Price begrüßen.



Jena, im Februar 2021

Norbert Frei





Gastprofessor Rudolf Herz

Rudolf Herz, geboren 1954 in Sonthofen, ist Kunsthistoriker, Bildhauer und Medienforscher. Er studierte Bildhauerei an der Akademie der Bildenden Künste in München, danach Kunstgeschichte, Geschichte und Archäologie in München und Hamburg und wurde 1995 an der Carl-von-Ossietzky-Universität in Oldenburg mit einer Arbeit über die fotografische Inszenierung Adolf Hitlers promoviert.

Für seine Arbeiten wurde Herz mehrfach ausgezeichnet, darunter mit dem Münchner Förderpreis für Fotografie und dem Künstlerischen Förderpreis des Freistaates Bayern sowie mit Stipendien des Deutschen Historischen Instituts in Washington, D.C. und der Deutschen Akademie Villa Massimo in Rom. Zusammen mit Reinhard Matz zählte er 1997 zu den Preisträgern im Gestaltungswettbewerb um das Mahnmal für die ermordeten Juden Europas.

Mit seinen zahlreichen Ausstellungsprojekten hat sich Rudolf Herz national und international einen Namen gemacht, zuletzt mit *Flashes of the Future. Die Kunst der 68er oder die Macht der Ohnmächtigen* (Ludwig Forum Aachen 2018) und Depicting Duchamp (Francis Naumann Fine Art New York 2020); mit seinem Projekt *Szeemann and Lenin Crossing the Alps* war er beim International Film Festival Rotterdam 2020 vertreten. Im Zentrum seiner künstlerischen und wissenschaftlichen Projekte steht das Zusammenspiel von ästhetischer Transformation, Forschung und Gesellschaftskritik. In seiner Rauminstallation *Zugzwang* (Kunstverein Essen/The Jewish Museum New York 2002) verdichtete er Erfahrungen aus dem Kontext seiner vieldiskutierten Ausstellung *Hoffmann & Hitler. Fotografie als Medium des Führer-Mythos* (Stadtmuseum München 1994). Daneben lehrte er an mehreren Universitäten und Kunsthochschulen im Fach Visuelle Kommunikation, zuletzt an der Münchner Kunstakademie.

Herz mischt sich regelmäßig in Debatten über Kunstprojekte im öffentlichen Raum ein, so etwa in die Diskussion über die Entfernung des Dresdner Lenin-Denkmals Anfang der neunziger Jahre. Nach der Ablehnung seines Vorschlags, das Denkmal als demontierte Skulptur an Ort und Stelle zu konservieren, reiste er mit den monumentalen Granitbüsten auf einem Sattelschlepper quer durch Europa (*Lenin on Tour* 2004).

Im Wintersemester 2020/21 war Rudolf Herz Gastprofessor am *Jena Center Geschichte des 20. Jahrhunderts*. Am 4. November 2020 hielt er einen – digitalen – öffentlichen Vortrag zum Thema *Revolutionäre Ungeduld 1957-1967. Die Schwabinger Bohème als Impulsgeber der Studentenrevolte*. Übergreifendes Thema seiner drei Seminartage mit den Mitgliedern der Doktorandenschule im November und Dezember war der Zusammenhang von Kunst und Zeitgeschichte im 20. Jahrhundert (vgl. S 16f.).



Geschichte der politischen Bildung

Zeithistorische Behördenforschung steht meist vor dem Problem, bei der Untersuchung personeller Kontinuitäten zwischen NS-Staat und junger Bundesrepublik zugleich Erklärungen dafür finden zu müssen, wie die zweite Demokratie angesichts der vorfindlichen Belastungen dennoch gelingen konnte. Dies war auch der Ausgangspunkt eines Workshop zum Thema Ideen, Praktiken, Kontroversen. Politische Bildung und Demokratisierung nach 1945 am 20. und 21. Januar im Rahmen des von Norbert Frei und Tim Schanetzky geleiteten Jenaer Forschungsprojekts (vgl. Jahresbericht 2019, S. 22).

Im ersten Teil des Workshops, den Carola Sachse (Wien/Berlin), Detlef Siegfried (Kopenhagen) und Alfons Söllner (Chemnitz) als "Special Guests" begleiteten, stand jene Ambivalenz der Demokratisierung im Mittelpunkt, die seit 1945 die Auseinandersetzung mit der NS-Zeit prägte. Jolin Diekmann (Jena) blickte auf die Besatzungszeit im späteren Baden-Württemberg, wo zunächst elitäre Formen bürgerlicher Selbstvergewisserung dominierten und im Prozess der "spontanen Selbstdemokratisierung" belastete Angehörige der NS-Funktionsgeneration am Aufbau der politischen Bildung mitwirkten. Dass ungebrochene Karrieren in der jungen Bundesrepublik mitunter offen thematisiert wurden und dies sogar politischen Nutzen haben konnte, stellte Niklas Krawinkel (Frankfurt am Main) am Beispiel des späteren Tübinger Oberbürgermeisters Hans Gmelin heraus, der zuvor als Adjutant des NS-Bevollmächtigten Hanns Ludin die administrativen Zügel in der Slowakei geführt hatte.

Die wissenschaftsgeschichtliche Dimension bildete einen zweiten Diskussionsschwerpunkt. Gabriele Metzler (Berlin) unterstrich, wie wichtig der entstehenden Zeitgeschichtsforschung ihr "volksbildnerischer Impetus" war. Aber auch hier blieben die Demokratievorstellungen vage, zumal man sich lieber um die Staatsautorität sorgte. Es dauerte bis weit in die fünfziger Jahre, ehe das Fach in eine liberalere Diskurskoalition hineinzuwachsen begann. Dass daran gerade Grenzgänger zwischen den jungen Disziplinen wie Kurt Sontheimer oder Karl Dietrich Bracher großen Anteil hatten, griff Felix Ludwig (Jena) auf, indem er die Funktion der Pluralismus-Theorie für die entstehende West-Berliner Politikwissencshaft untersuchte.

Der dritte Teil des Workshops fragte schließlich nach den Struktureffekten der erbittert geführten Kontroversen des "roten Jahrzehnts". Wie verzerrt die Problemwahrnehmung bald war, zeigte Max Kriszun (Jena) am Beispiel der von der Bundeszentrale für politische Bildung als Antwort auf "Achtundsechzig" gegründeten Zeitschrift PZ. Deren Erscheinen wurde zeitweise aus derselben Angst vor Unterwanderung verhindert, die auch handlungsleitend bei der Umsetzung des Radikalenbeschlusses war. Allein in Hamburg, so arbeitete Alexandra Jaeger (Hamburg) heraus, wurden von 1971 bis 1978







knapp 100.000 Regelanfragen veranlasst. Dabei war Hamburg ein doppelter Pionierfall: Dort gab es die Gesinnungsüberprüfung bereits seit 1961, und auch die Re-Liberalisierung begann in Hamburg.

Freilich bleibt nach den Grenzen der Re-Liberalisierung zu fragen. Tim Schanetzky (Jena) führte am "Aktionsprogramm zur geistig-politischen Auseinandersetzung mit dem Terrorismus und Extremismus" vor, wie hartnäckig sich die Bundeszentrale für politische Bildung zunächst weigerte, "zum positiven Verfassungsschutz beizutragen. Ab 1977 vollzog sie zwar einen Kurswechsel, musste jedoch schnell lernen, dass eine Auseinandersetzung mit dem Rechtsradikalismus politisch unerwünscht war." Dass solche Ängste in der pädagogischen Debatte keine Rolle spielten, zeigte Till Kössler (Halle) anhand der Dauerthematisierung von Rechtsextremismus als Jugend- und Schulproblem seit den siebziger Jahren.

Wie kann eine Zeitgeschichte der politischen Bildung zum besseren Verständnis der Gegenwart beitragen? Drei Aspekte wären zu nennen: Erstens differenzierte sich die politische Öffentlichkeit stärker aus. Ab 1976 lenkte eine parteiübergreifende Koalition immer mehr Geld in die politische Bildungsarbeit der Parteistiftungen. Zweitens wurde deutlich, dass sich in den siebziger Jahren eine Arbeitsteilung zwischen politischer Bildungspraxis und akademischen Disziplinen etablierte. Dabei spielte die Einführung operationalisierbarer Begriffe, die an die Stelle einer nebulösen Idee von Demokratie traten, eine wichtige Rolle. Heute sind "Extremismus-" und "Hufeisentheorie" erneut zu Kampfbegriffen geworden, und Rechtspopulisten rücken politische Bildungsarbeit in die Nähe staatlicher Propaganda. Drittens verweist die "Entdeckung" des Rechtsradikalismus von Jugendlichen in den achtziger Jahren auf peinliche Leerstellen der zeithistorischen Forschung, die derartige Zeitdiagnosen künftig in ein Klima apokalyptischer Ängste einordnen und zugleich die Muster struktureller Verharmlosung und absichtsvollen Wegschauens rekonstruieren muss. Was jedoch auffällt: Politische Bildung setzte damals und setzt noch heute beim individuellen Nichtwissen an. Dass bewusste politisch-ideologische Verweigerung den Ausschlag für das Scheitern von Bildungsarbeit geben könnte, trat immer schon in den Hintergrund. Auch heute dürfte darin eine Ursache für jene fundamentale Verunsicherung liegen, die allenthalben zu spüren ist, wenn ein Viertel der Wahlteilnehmer antidemokratisch stimmt.



Kriegsende 1945

Kein anderes Datum in der Geschichte des 20. Jahrhunderts steht klarer für den Unterschied zwischen Krieg und Frieden, Freiheit und Unfreiheit, Demokratie und Diktatur als das Jahr 1945. Wenngleich wir heute wissen, dass das Ende des Zweiten Weltkriegs nicht das Ende aller Konflikte brachte, bleibt doch seine Bedeutung als globalgeschichtliche Zäsur. Unter der Führung der Vereinigten Staaten von Amerika wuchs der Westen seitdem politisch, ökonomisch und kulturell zusammen – freilich um den Preis der Spaltung Europas und eines jahrzehntelangen Kalten Krieges. Auch nach der Auflösung des sowjetischen Imperiums blieb die Welt in vielem geprägt durch die politischen Entscheidungen und Entwicklungen der unmittelbaren Nachkriegszeit. Doch 75 Jahre nach Kriegsende stellt sich die Frage, ob der Westen, wie wir ihn kannten, eine Zukunft hat.

Grund dafür, so Prof. Dr. Norbert Frei in seiner Einführung zum Symposion *Kriegsende 1945. Die Geburt des Westens, wie wir ihn kannten,* sei die tiefe politische Krise, die Europa und die Welt im Zeichen populistischer Bewegungen und antidemokratischer Entwicklungen erfasst habe.

Eröffnet wurde das Symposion des Jena Center Geschichte des 20. Jahrhunderts, das ursprünglich für den 3. und 4. April geplant war und wegen der Pandemie kurzfristig von der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften in das World Wide Web verlegt werden musste, durch eine Ansprache des Präsidenten des Deutschen Bundestages. Dr. Wolfgang Schäuble erinnerte daran, dass die demokratischen Gesellschaften in der Vergangenheit die Fähigkeit zur Krisenbewältigung bewiesen hätten. Seinem ebenso nachdenklichen wie am Ende zuversichtlichen Beitrag folgten zwei Panels zur Politik- und Ideengeschichte beziehungsweise zur Sozial- und Gesellschaftsgeschichte der Nachkriegszeit.

Um den Antagonismus zwischen "Ost" und "West" ging es im ersten Hauptvortrag von Prof. Dr. Dan Diner (Jerusalem), der die Konstellation des Kalten Krieges als das "Gehäuse der Neutralisierung" beschrieb, aus dem heraus sich die "Verwestlichung" Deutschlands vollzogen habe. Diese Darstellung unterstrich Prof. Dr. Dieter Grimm (Berlin) in seinem Kommentar: Der Ost-West-Konflikt habe andere Konflikte überlagert; wenn es vom Wesen des Westens etwas zu bewahren gelte, dann sei es die ihn tragende Verfassungsordnung und -kultur. Auch Bundesminister a.D. Joschka Fischer (Berlin) unterstrich den Stellenwert und die trotz aller Belastungen erfolgreiche Begründung der Nachkriegsordnung. Prof. Dr. Holly Case (Providence, RI) nahm schließlich den "Gesprächsgraben" zwischen Ost und West in den Blick, der sich durch den Kalten Krieg verfestigt habe.

Im zweiten Hauptvortrag ging Prof. Dr. Dietmar Süß (Augsburg) unter dem Titel "Die Sehnsucht nach Frieden und die Macht der Gewalt" auf die Spra-















che und Sprachlosigkeit der Nachkriegszeit ein. Die verschiedenen Formen des Umgangs mit Kriegserfahrungen und Traumatisierungen veranschaulichte er anhand der Geschichte der Kinder aus Theresienstadt. Erst als die Nachkriegsängste sich gelegt hätten, habe im Westen Europas eine ernsthafte Auseinandersetzung mit Krieg, Verfolgung und Vernichtung beginnen können, kommentierte Prof. Dr. José Brunner (Tel Aviv). Prof. Dr. Klaus-Dietmar Henke (Berlin) ergänzte diese Beobachtung unter Verweis auf die erfahrungsgeschichtlichen Unterschiede zwischen dem "Kriegsende Ost" und dem "Kriegsende West". Prof. Dr. Sybille Steinbacher (Frankfurt am Main) verwies auf die nach wie vor nur unzureichend beachteten Kriegserfahrungen der Menschen in der Sowjetunion.

Die Verbindung zwischen den beiden Themenblöcken bildete ein via Zoom geführtes Gespräch zwischen Prof. Dr. Saul Friedländer (Los Angeles) und Dr. Theo Sommer (Hamburg), das Prof. Dr. Norbert Frei und Christian Staas (Hamburg) moderierten. Angesichts der fundamentalen Verschiedenheit ihrer existentiellen Lage – Friedländer überlebte den Holocaust versteckt in einem katholischen Klosterinternat in Frankreich, Sommer war bei Kriegsende Internatsschüler an einer Adolf-Hitler-Schule – brachte der Austausch doch auch bemerkenswerte Parallelen zu Tage; eine Druckfassung des Gesprächs erschien am 8. April in der ZEIT unter dem Titel "Ein Tag, zwei Leben".

Eine erst für das digitale Konferenzformat entwickelte "Zugabe" bildete ein Dialog zwischen Altrektor Prof. Dr. Klaus Dicke und Prof. Dr. Walter Rosenthal, dem Präsidenten der Universität Jena. Neben dem Abgleich autobiographischer Jugenderinnerungen und einer Reflexion über Zeitzeugenschaft ging es dabei auch um den Vergleich des historischen Umbruchs 1945 mit dem von 1989/90.

Dass man das Symposion angesichts der Pandemie nicht einfach aufgegeben habe, hoben viele dankbar hervor, die ihre Teilnahme in Berlin zugesagt hatten und stattdessen unsere Homepage besuchten. Claudia Decker (*Bayerischer Rundfunk*) schrieb im digitalen Gästebuch, zwar sei in diesem Format ein Debattieren nicht möglich, aber die "Geduld des Zuhörens" werde durch die Möglichkeit des Wiederholens einer Passage belohnt. Erweitert wurde die Reichweite des digitalen Symposions noch dadurch, dass *Deutschlandfunk Nova* die Vorträge von Dan Diner und Dietmar Süß in der Sendereihe "Hörsaal" ausstrahlte. Alle Video- und Audiobeiträge sind in Originallänge dauerhaft auf der Webseite des *Jena Center* unter www.JenaCenter.Uni-Jena. de/Kriegsende-1945/ nachzuhören.



Israel - eine Utopie?

Zwischen einem jüdischen Staat und einer liberalen Demokratie bestehe ein eklatanter Widerspruch, sagt der israelische Philosoph Omri Boehm. In einem großen Essay unter dem Titel *Israel eine Utopie?* entwirft er die Vision eines ethnisch neutralen Staates, der seinen nationalistischen Gründungsmythos überwindet und dadurch endlich eine Zukunft habe. Am 11. November stellte Boehm, Professor für Philosophie an der New School for Social Research in New York, sein im Propyläen Verlag zuerst auf deutsch erschienenes Buch in einem sehr gut besuchten digitalen Zeitgeschichtlichen Kolloquium vor.

Omri Boehm plädiert dafür, Israels Staatlichkeit neu zu denken: Nur die Gleichberechtigung aller Bürger könne den Konflikt zwischen Juden und Arabern beenden. Aus dem jüdischen Staat und seinen besetzten Gebieten müsse eine föderale, binationale Republik werden. Eine solche Politik sei nicht antizionistisch, sondern lege im Gegenteil den Grundstein für einen modernen, liberalen Zionismus. Anhand von Zitaten unter anderem von Moshe Halbertal, Achad Ha'am und Hannah Arendt zeichnete der Philosoph die historische Entwicklung seiner Zukunftsvision nach und interpretierte diese als einen schon im frühen Zionismus angelegten Diskurs. In der anschließenden Fragerunde wurde vor allem der historische Kontext dieser Zitate aus philosophischer und historischer Perspektive diskutiert. Die Buchvorstellung fand im Rahmen des Themenjahrs "Neun Jahrhunderte jüdisches Leben in Thüringen" in Kooperation mit der Landeszentrale für politische Bildung Thüringen statt.







Mitglieder 2020

Jolin Diekmann

Politische Bildung im deutschen Südwesten nach 1945

Darja Jesse

"A Potential Threat to the World?" Zur Genese, Funktion und Rezeption der German War Art Collection

Sabine Jäger

Die Geschichte der NS-verfolgten saarländischen Landtagsabgeordneten

Janin Klein

Wie Außenpolitik Schule macht. Die Internationalen Lehrgänge an der FDJ-Jugendhochschule "Wilhelm Pieck"

Max Kriszun

Die Geschichte der Bundeszentrale für politische Bildung

Lena Lorenz

Die Architekturmoderne in Haifa während des britischen Mandats

Felix Ludwig

Prediger der Demokratie, Die Deutsche Hochschule für Politik und die politische Bildung in West-Berlin 1949-1974

Christoph Renner

Auf dem rechten Auge blind? Die bundesdeutsche Exekutive in der Auseinandersetzung mit dem Rechtsradikalismus nach 1968

Johannes Streitberger

Transformation der Gesellschaft und Politik in Saalfeld nach 1945

János Varga

Demokratie und Judenfeindschaft. Antisemitismus in Deutschland 1945-1970

Markus Wegewitz

Kultivierter Antifaschismus. Nicolaas Rost und der lange Kampf gegen den Nationalsozialismus, 1919-1967

Auch 2019 nahmen mit Carmen Behrendt, Leon Biela, Ludwig Decke, Christian Ebel, Flemming Falz und Lisa Rethmeier Studierende aus dem Masterstudiengang *Geschichte und Politik des 20. Jahrhunderts* und dem Honours-Programm als Gastmitglieder an der Doktorandenschule teil.



Seminartag mit Nina Verheyen

Der Begriff "Leistung" ist intuitiv verständlich – oder scheint es vielmehr zu sein. Er verspricht, Menschen in ihrem Handeln objektiv und genau bewerten zu können. Dr. Nina Verheyen (Essen) ist mit ihrem Buch "Die Erfindung der Leistung" angetreten, diese Selbstverständlichkeit in Frage zu stellen. Entsprechend ging es beim Seminartag der Doktorandenschule am 9. Januar um die vielen historischen Perspektiven auf die "Leistungsfrage", die sie in ihrem Werk entfaltet.

Zunächst diskutierten die Teilnehmenden über die Semantik des Begriffs, der sich schon im Mittelalter nachweisen lässt und sich in seinen Bedeutungsgehalten seitdem immer wieder gewandelt hat, wie in der Runde an verschieden Quellenbeispielen belegt werden konnte. Im 19. Jahrhundert fand die Leistung Eingang in die Dynamik der Verwissenschaftlichung des Sozialen (Lutz Raphael) und wurde zu einer wichtigen Vokabel in den Diskursen der Humanwissenschaften. Hier entwickelten sich Messverfahren, mit denen Institutionen die Fähigkeiten und den Wert des Individuums präzise bestimmen wollten. Gerade der politische Gehalt des Begriffs als soziale Ordnungskategorie, die gesellschaftliche Hierarchien begründet oder erst hervorbringt, trat damit in den Vordergrund. Kontrovers diskutierten die Seminarteilnehmer die Frage, ob diese Diskurse nur auf die verschiedenen Erscheinungsformen des westlichen Industriekapitalismus bezogen waren – oder ob es vielmehr lohnenswert sei, Leistung auch in globalen und postkolonialen Kontexten stärker in den Blick zu nehmen.

In den verschieden historischen Diskursen über Leistung und davon abgeleitete Begrifflichkeiten (Leistungsfähigkeit, Leistungsbereitschaft oder Leistungsgesellschaft) lassen sich Trends erkennen, die bis heute fortwirken: Leistung wird immer stärker auf das Individuum bezogen, in zunehmendem Maße pathologisiert und folgt immer mehr einer Wettbewerbslogik. Anhand dieser Beobachtung diskutierten die Mitglieder der Doktorandenschule die sozialwissenschaftliche Textproduktion zum Thema, die sich in unterschiedlichen Konjunkturen an der Leistungsfrage abgearbeitet hat. Hier zeigten sich auch Potentiale, historisches und sozialwissenschaftliches Argumentieren in einen anregenden Austausch miteinander zu bringen.

Auch entfaltete sich eine rege Diskussion über den praxeologischen Zugang zur Leistung, den Nina Verheyen in ihrem Buch betont: Fragen, wem für welche Handlung Leistung zugeschrieben wird (und wem nicht), welche Konsequenzen sich daraus sozial ergeben und ob darin mehr als die Rechtfertigung bestehender sozialer Ungleichheiten liegt, sind für die Historisierung dieses allgegenwärtigen und doch schwer zugänglichen Phänomens zentral.







Seminartag mit Franka Maubach und Daniel Stahl

Welchen Quellenwert bieten zeitgeschichtliche Interviews? Welche Methoden der Interviewführung eignen sich am besten dafür? Mit diesen Fragen beschäftigten sich die Mitglieder der Doktorandenschule am 16. Januar bei einem Seminartag zu den Verwendungsweisen von biographischen Quellen in der zeitgeschichtlichen Forschung. Da fast alle Teilnehmenden bereits Erfahrungen mit Interview-Projekten gemacht hatten, entspann sich eine kontroverse Diskussion.

Vor allem die erkenntnistheoretischen Probleme erschienen einigen als Hürde. Auf der anderen Seite wurde hervorgehoben, dass Interviews häufig die einzige Methode seien, um Minderheitenperspektiven herauszuarbeiten und zu einer kritischeren Auseinandersetzung mit Schriftquellen anzuregen. Sekundäranalysen ermöglichten darüber hinaus, den Entstehungskontext von Interviews selbst zum Gegenstand zu machen. Vorwissen befähige Interviewer dazu, kritische Fragen zu stellen, bringe jedoch auch das Problem vordefinierter Erwartungen und damit eine mögliche Engführung des Interviews mit sich. Auch die Auswirkungen affirmativer, distanzierter oder kritischer Gesprächsführung diskutierten die Seminarteilnehmer.

Im zweiten Teil des Seminartags wurden zwei Beispielinterviews tiefgehender analysiert. Das erste Interview stammte aus dem bekannten LUSIR-Projekt von Lutz Niethammer und wurde 1982 von Ulrich Herbert geführt. Dabei fiel den Teilnehmenden insbesondere auf, dass historische Zäsuren in biographischen Erzählungen häufig anders gesetzt werden als in sozialstrukturellen oder gesellschaftspolitischen Analysen. Diskutiert wurde zudem über die Bewertung von Anekdoten: Werden diese von dem Interviewten spontan erzählt oder strategisch eingesetzt, und wie kann ihre Glaubwürdigkeit überprüft werden? Das zweite Interview hatten Daniel Stahl und Susanne Buckley-Zistel im Rahmen des Arbeitskreises "Menschenrechte im 20. Jahrhundert" mit der DDR-Bürgerrechtlerin Ulrike Poppe geführt. Für das Transkript wurde es redigiert und chronologisch strukturiert, um die Lesbarkeit zu gewährleisten. Infolgedessen wirkt die Erzählweise der Zeitzeugin sehr reflektiert, ihre von Daniel Stahl beschriebene Zögerlichkeit während der Interviewsituation ist überdeckt. Anhand des Beispiels wurde weiterhin über das Problem diskutiert, dass Interviews vielfach eine Leitfrage verfolgen – in diesem Fall den Einsatz für Menschenrechte – und den Interviewten dadurch bereits ein bestimmtes Narrativ angeboten werde.

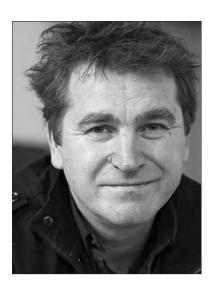


Seminartag mit Ilko-Sascha Kowalczuk

Das Gespräch mit Dr. Ilko-Sacha Kowalczuk (Berlin) über "Mauerfall und Transformation" am 5. Februar begann mit einem Rückblick auf die DDR-Forschung der neunziger Jahre. Schon während der unmittelbaren Wendezeit habe man im Osten damit begonnen, die Geschichte der SED-Diktatur aufzuarbeiten. Die Auseinandersetzung mit den Geschichtsmythen der Einheitspartei habe eine Methodendebatte ausgelöst, die auch auf die bundesdeutsche DDR- und Osteuropaforschung zurückwirkte. Dieser wurde vorgeworfen, sie habe den diktatorischen Charakter des Regimes zu wenig betont und es dadurch legitimiert. Im Gespräch wurden die Motive der Debatte und die Bedeutung von Konfrontation und Polemik ausführlich diskutiert.

Der zweite Teil des Seminartags widmete sich dem Spannungsverhältnis von Wissenschaft und Politik. In welchem Verhältnis stehen gesellschaftliche Aufarbeitung und wissenschaftliche Analyse? Die Diskussion kreiste um eine im Sommer 2019 in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung von Detlef Pollack und Ilko-Sascha Kowalczuk angestoßenen Debatte über die Bedeutung der Bürgerbewegung für den Herbst 1989. Die Frage, wem die Revolution von 1989 "gehöre", war heftig umstritten. Inwieweit können jedoch Besitzansprüche an historische Ereignisse gestellt werden? Auch hier ging es offenkundig nicht zuletzt um die Aushandlung von Machtverhältnissen und Deutungshoheiten innerhalb des deutschen Wissenschaftssystems.

Der letzte Abschnitt thematisierte die Geschichte der Transformation der postkommunistischen Gesellschaften ab 1989/90 entlang der Frage, ob diese Transformation gescheitert sei. Der Diskussion lag ein Text von Philip Ther zugrunde, der argumentiert, die Wahlerfolge der AfD in den ostdeutschen Ländern eröffneten neue Spielräume für eine Debatte über die Fehler der Transformation. Die Aktualität dieser Thematik erwies während des Seminartags im Thüringer Landtag angesichts der spektakulären Vorgänge um die Wahl des Ministerpräsidenten.







Seminartage mit Rudolf Herz

Die Seminartage mit Dr. Rudolf Herz (München) boten den Promovierenden am Jena Center Geschichte des 20. Jahrhunderts die Gelegenheit, mit einem bildenden Künstler und studierten Kunsthistoriker ins Gespräch zu kommen. Zum ersten Seminartag am 5. November wurden zwei seiner Projekte für den öffentlichen Raum besprochen, die an den Holocaust erinnern. In der Diskussion zu dem Projekt "Schild an der Feldherrnhalle", das er 1990 gemeinsam mit Thomas Lehnerer realisierte, wurden sowohl die Rezeption in der jüdischen Gemeinschaft innerhalb und außerhalb Deutschlands wie auch der Umgang mit dem Holocaust im Rahmen der Wiedervereinigung thematisiert. Auch die Wortwahl der Aufschrift ("Juden in aller Welt, bitte kehrt zurück, wenn Ihr wollt.") und die Zielgruppe dieses nur für kurze Zeit am Münchner Odeonsplatz zu sehenden Kunstwerks wurden ausführlich diskutiert; es richtete sich offenkundig nicht an erster Stelle an die jüdische Diaspora, sondern war als Botschaft an Passanten und Menschen in Deutschland gemeint. Anschließend besprachen die Seminarteilnehmer den Entwurf, die internen Reflexionen und die Gutachten zum "Mahnmal für die ermordeten Juden Europas", das Herz 1997 gemeinsam mit Reinhard Matz konzipierte. Der Wettbewerbsbeitrag der beiden Künstler sah vor, den Autobahnkilometer 334 auf der A7 südlich vor Kassel zum Mahnmal zu deklarieren und mit zwei Schilderbrücken, einer Geschwindigkeitsbegrenzung auf 30 km/h und Texttafeln an den Raststätten zu kennzeichnen.

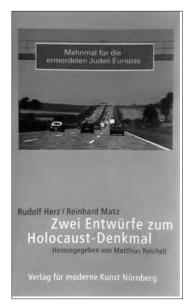
Der zweite Seminartag zu "Hitler im Bild" am 19. November startete mit einer Diskussion zur Entwicklung der "Führer"-Ikonografie in den Hitler-Fotos von Heinrich Hoffmann. Zur Sprache kamen Hoffmanns eigener "Führerglaube", der die öffentliche Wahrnehmung Hitlers maßgeblich prägte, sowie das besondere Beziehungsverhältnis der beiden Männer. Eine Schwierigkeit stelle die Kontextualisierung der Fotos dar, da nur schwer zu ermitteln sei, wie die Veröffentlichungen zeitgenössisch wahrgenommen wurden. Anschließend lag der Fokus auf Rudolf Herz' Ausstellung "Hoffmann & Hitler", die 1994 im Münchener Stadtmuseum gezeigt, vom Deutschen Historischen Museum in Berlin aber wegen ihrer angeblichen Suggestivität abgesagt wurde. Herz benannte als Motiv und Ausgangspunkt seiner Ausstellung die unreflektierte mediale Omnipräsenz der Hoffmann-Fotos noch in den neunziger Jahren. Eine künstlerische Antwort auf die Kontroverse zur "Hoffmann & Hitler"-Ausstellung lieferte Herz mit seiner Installation "Zugzwang", erstmals gezeigt 1995 vom Kunstverein Ruhr. Der Raum im Untergeschoß der Alten Synagoge in Essen wurde dafür vollständig mit zwei sich abwechselnden Portraitfotos von Marcel Duchamp und Adolf Hitler ausgestaltet. In der Diskussion zur Rezeption des Kunstwerks ging es um Fragen der Darstellungsebenen und der Wirkungsabsichten, aber auch darum, aus welchen Gründen Herz das Hakenkreuz an Hitlers Revers für die Ausstellung wegretuschiert hatte.



Der dritte Seminartag am 3. Dezember stand unter der Überschrift "Denkmalsturz im Osten". Diskutiert wurden mehrere Entwürfe und Projekte von Rudolf Herz, die sich mit der sozialistischen Ikonografie und deren Rezeption nach dem Ende des Ostblocks beschäftigten. In seinem Entwurf "Lenins Lager" schlug Herz 1991 vor, das Dresdner Lenin-Denkmal nicht wie geplant zu demontieren, sondern in mehrere Teile zu zerlegen und diese als Mahnmal an Ort und Stelle liegenzulassen. Der Entwurf wurde in der Diskussion positiv als Alternative zu den beiden gängigen Handlungsoptionen Erhalten oder Entfernen bewertet. Gerade im Kontext aktueller Debatten, etwa über den Umgang mit Kolonialdenkmälern, sei der Vorschlag spannend und weitsichtig. Der Bezug zu heute wurde auch in der Diskussion zum Phänomen des politischen Ikonoklasmus betont. Im Fall der DDR fand ein "revolutionärer Bildersturm" während des Macht- und Systemwechsels nicht statt, viel eher ist von einer "Demontage" nach der eigentlichen Revolution zu sprechen.

Als interessant erwies sich die Übertragung dieses Modells auf den Umgang mit konföderierten Denkmälern im Kontext der "Black Lives Matter"-Bewegung in den USA. Es stellt sich die Frage, inwiefern auch die dortigen Denkmalstürze mit politischen Machtverschiebungen in Zusammenhang stehen. Eine Diskussion zu Denkmälern aus der DDR-Zeit, die den Nationalsozialismus und dessen Opfer thematisieren, zeigte, dass der Umgang mit diesen Denkmälern höchst vielfältig war, was auch am Fehlen einer allgemeinen gesetzlichen Regelung liegen könnte. Zuletzt wurde das Anfang der 2000er Jahre durchgeführte Projekt "Lenin on Tour" besprochen, als Rudolf Herz mit einem Sattelschlepper, der Teile des Dresdner Lenin-Denkmals geladen hatte, durch mehrere europäische Städte reiste. Während die Grundidee die Teilnehmenden überzeugte, kritisierten viele die filmische Dokumentation des Projekts angesichts der mangelnden Diversität der darin zu Wort kommenden Personen.









Seminartage "Unter Uns"

Neben den Veranstaltungen mit Gastprofessor Herz und anderen Gästen trafen sich die Mitglieder der Doktorandenschule in diesem Jahr viermal zu Sitzungen "Unter uns", in denen im Gespräch mit Prof. Dr. Norbert Frei Gelegenheit bestand, Feedback zu den zurückliegenden Seminartagen zu geben und sich über aktuelle geschichtspolitische Themen auszutauschen; wie schon in früheren Jahren diente einer der Termine auch als "Schreibwerkstatt".

Das erste Treffen fand nur wenige Tage nach dem Holocaust-Gedenktag am 4. Februar statt und bot Anlass, über die Berichterstattung zum 27. Januar und die mediale Art des Erinnerns zu diskutieren. Welches sind die "Lehren aus Auschwitz" und wie sollte an den Holocaust erinnert werden? Im Laufe des Seminars dehnte sich die die Diskussion auf parteipolitische Aneignungen und Umdeutungen historischer Ereignisse im Wahlkampf 2019 aus.

Am 30. April fand der erste digitale Seminartag in der Geschichte der Doktorandenschule des *Jena Center* statt. Das Treffen diente nicht zuletzt dem Austausch von Erfahrungen bei der Arbeit an Promotionsprojekten in der Pandemie. Während der Lockdown und die damit verbundene Beschränkung auf das "Home Office" für einen Teil der Promovierenden eine geradezu willkommene Fokussierung auf den Schreibprozess bedeutet, erweist sich die Situationen für jene als schwierig, die noch auf Zugang zu Archivquellen und Bibliotheksbeständen angewiesen sind; mitunter kommt das Problem einer ausfallenden Kinderbetreuung hinzu.

Das Treffen am 28. Mai nahm das Medienecho zum 75. Jahrestag des Kriegsendes 1945 in den Blick und knüpfte in diesem Sinne an die Thematik der ersten Sitzung an. Die Teilnehmer diskutierten die Rede von Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier vor der Neuen Wache in Berlin und fragten, welche Bedeutung der Tag der Befreiung in der Öffentlichkeit habe. Ob das Gedenken durch Bildungsangebote oder sogar mithilfe eines bundesweiten Feiertags gestärkt werden sollte, blieb auch am Ende des Seminartages strittig.

Einig waren sich die Mitglieder der Doktorandenschule in der Sitzung am 6. Juli hinsichtlich der Notwendigkeit der Einübung von Schreibtechniken und eines flüssigen Stils. Am Beispiel eines dankenswerterweise von Felix Ludwig zur Diskussion gestellten Textes ging es in der "Schreibwerkstatt" um die Frage "Wie schreibt man eine gute Einleitung?" Inzwischen hat Felix Ludwig seine Dissertation unter dem Titel "Prediger der Demokratie" abgeschlossen und an der Philosophischen Fakultät der Universität Jena eingereicht.



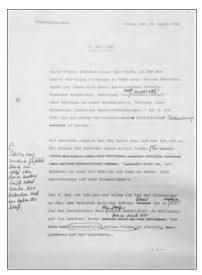
Die Bundespräsidenten und die NS-Vergangenheit

Ende Mai gab das Bundespräsidialamt bekannt, dass Prof. Dr. Norbert Frei mit der Durchführung eines von Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier angeregten Projekts beauftragt worden sei, das den Umgang des Präsidialamts und der Bundespräsidenten von Theodor Heuss bis Richard von Weizsäcker mit der NS-Vergangenheit untersuchen soll. Vorangegangen war ein zweistufiges Auswahlverfahren, das im Dezember 2019 mit einer öffentlichen Ausschreibung begonnen hatte. Ziel des Vorhabens ist es, sowohl nach möglichen personellen Belastungen im – anfangs recht schmalen – Mitarbeiterstab des 1949 neugegründeten Bundespräsidialamtes zu fragen als auch und vor allem danach, wie sich die jeweiligen Amtsinhaber mit dem Erbe des "Dritten Reiches" auseinandersetzten: in der Öffentlichkeit, aber auch zum Beispiel im direkten Kontakt mit Überlebenden der NS-Verfolgung und ihren Interessenverbänden.

Seit Sommer 2020 sind Dr. Claudia Moisel (München) und Dr. Marcel vom Lehn (Berlin) für das Projekt tätig. Nach Einreichung seiner Dissertationsschrift unterstützte zeitweise auch Dr. des. Markus Wegewitz die Archivarbeiten, die das Team zunächst vor allem ins Bundesarchiv Koblenz führten; Carmen Behrendt ist als studentische Hilfskraft insbesondere für die Literaturbeschaffung zuständig. Der für das Projekt zentrale Bestand B 122 konnte trotz mancher pandemiebedingten Einschränkungen inzwischen weitgehend ausgewertet werden, ebenso die noch im Bundespräsidialamt verbliebenen Aktenbestände sowie - wegen des traditionell hohen Personalaustauschs zwischen Auswärtigem Amt und Bundespräsidialamt – eine Reihe von Personalakten im Politischen Archiv des Auswärtigen Amts. Ein wichtiger Aspekt der Quellenrecherche und -verzeichnung war darüber hinaus die Anlage eines Korpus historisch-politisch einschlägiger Reden der Bundespräsidenten, die Prof. Dr. Norbert Frei zusammen mit seinem Jenaer Germanistikkollegen Prof. Dr. Dirk von Petersdorff im Wintersemester 2020/21 auch zum Gegenstand eines interdisziplinären Hauptseminars machte.

Zu einem ersten Markstein in der Auseinandersetzung der Bundespräsidenten mit der NS-Vergangenheit wurde die Rede, die Theodor Heuss am 30. November 1952 zur Einweihung des Denkmals im ehemaligen Konzentrationslager Bergen-Belsen hielt; ihre Aufzeichnung auf Schallplatte kann als Indiz dafür gelesen werden, dass dies seinerzeit auch im Bundespräsidialamt so gesehen wurde. International noch größere Aufmerksamkeit fand mehr als drei Jahrzehnte später freilich die Rede Richard von Weizsäckers zum 40. Jahrestag des Kriegsendes am 8. Mai 1985 im Deutschen Bundestag.





Quellen zur Geschichte der Menschenrechte Lebensgeschichtliche Interviews Merausgegeber von Daniel Stahl





Menschenrechte im 20. Jahrhundert

In der Schriftenreihe des Arbeitskreises "Menschenrechte im 20. Jahrhundert" sind insgesamt fünf neue Publikationen anzuzeigen. Der zum Jahresende veröffentlichte und von Daniel Stahl herausgegebene Doppelband *Quellen zur Geschichte der Menschenrechte* bildet gewissermaßen den Schlusspunkt zweier Projekte, die der von der Thyssen Stiftung geförderte Arbeitskreis seit seiner Gründung vor acht Jahren vorantrieb und deren Ergebnisse bereits auf dem gleichnamigen Online-Portal zugänglich gemacht wurden.

Der erste Band enthält eine Auswahl der dort publizierten lebensgeschichtlichen Interviews, die verschiedene Mitglieder des Arbeitskreises mit Protagonisten und Protagonistinnen der Menschenrechtsgeschichte geführt haben. Die Interviewsammlung versteht sich als Angebot, den Aufstieg der Menschenrechte zu einem Bezugspunkt nationaler und internationaler Politiken nachvollziehbar zu machen. Sie gibt Aufschluss darüber, was unter dem Kampf für Menschenrechte im Verlauf der letzten Jahrzehnte verstanden wurde. Die befragten Aktivistinnen, Völkerrechtler, Anwälte, NGO-Mitarbeiterinnen, Politiker und Politikerinnen geben dabei ganz unterschiedliche Antworten auf die Fragen, wofür sie eigentlich kämpften und wie ihr Engagement in der alltäglichen Praxis aussah.

Der zweite Band umfasst wissenschaftlich kommentierte Dokumente, die einen Schlüssel zum Verständnis der Menschenrechtsgeschichte im 20. Jahrhundert bieten. Neben wirkungsmächtigen völkerrechtlichen Verträgen oder vielbeachteten Reden enthält die Sammlung auch weniger bekannte Quellen wie Briefe, Zeitungsartikel oder Erklärungen marginalisierter Gruppen, die einen neuen Blick auf bestimmte Aspekte der Menschenrechtsgeschichte ermöglichen. Autorinnen und Autoren aus verschiedenen Disziplinen ordnen diese Quellen historisch ein und analysieren ihre Entstehungs- und Wirkungsgeschichte. Auf diese Weise wird eine Vielzahl von Themen, die für die Geschichte der Menschenrechte von Bedeutung waren, in den national- und globalgeschichtlichen Entwicklungen des vergangenen Jahrhunderts verortet: der Umgang mit Gewaltverbrechen und Repression, aber auch die Frage nach fairen Arbeitsbedingungen oder nach einer gerechten Weltwirtschaftsordnung.

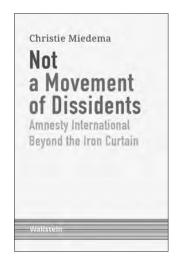
Roman Birkes Buch *Geburtenkontrolle als Menschenrecht. Die Diskussion um globale Überbevölkerung seit den 1940er Jahren* ist auf breite Medienresonanz gestoßen und erhielt lobende Besprechungen in der *Süddeutschen Zeitung*, der *FAZ* und im *Deutschlandfunk*. In der preisgekrönten Dissertationsschrift untersucht Birke, wie die Ängste vor einer "Überbevölkerung" des Planeten in den vierziger Jahren rapide an Bedeutung gewannen und warum sie uns bis in die Gegenwart begleiten. Regierungen, NGOs, die Vereinten



Nationen, die katholische Kirche, Völkerrechtler und Frauenorganisationen diskutierten in den vergangenen Jahrzehnten kontrovers darüber, ob das Bevölkerungswachstum zu Problemen führe und wie darauf zu reagieren sei. Im Mittelpunkt dieser Debatte stand von Beginn an die Frage, ob individuelle Entscheidungen über die Familiengröße durch Staaten eingeschränkt werden dürfen, um mögliche negative Konsequenzen abzuwenden.

Auch Christie Miedemas Monographie *Not a Movement of Dissidents.* Amnesty International beyond the Iron Curtain ist in einschlägigen Fachjournalen durchgehend positiv besprochen worden. Miedema untersucht den Menschenrechtsaktivismus von Amnesty International, der mit dem ausdrücklichen Ziel entstanden war, den ideologischen Konflikt des Kalten Kriegs zu überwinden. Zu diesem Zweck entwickelte die Organisation das Prinzip der Unparteilichkeit. Es beruhte darauf, Menschenrechtsverletzungen in Ost und West in gleichem Maße zu kritisieren und eine gewisse Distanz zwischen Aktivisten und Gefangenen zu wahren. Die politisierte ideologische Landschaft, in der Amnesty tätig war, und der Menschenrechtsaktivismus in Osteuropa stellten diese Politik insbesondere in den siebziger Jahren infrage. Osteuropäische Menschenrechtsaktivisten lieferten dringend benötigte Informationen über eine Region, die für Amnestys "Politik der Balance" wichtig war. Aber je enger die Zusammenarbeit wurde, desto mehr gerieten die Regeln von Amnesty unter Druck, insbesondere das Prinzip der Distanz.

Der von Annette Weinke und Dieter Gosewinkel herausgegebene Band Menschenrechte und ihre Kritiker. Ideologien, Argumente, Wirkungen versammelt die Erträge einer Reihe von Workshops des Arbeitskreises, die von der Beobachtung ausgingen, dass die Debatte über Menschenrechte seit einigen Jahren zunehmend von Skepsis und Pessimismus geprägt ist. Teilweise speist sich die gegenwärtige Kritik aus tagespolitischen Entwicklungen, vielfach greift sie aber auch auf grundsätzlichere Argumente zurück, die die Auseinandersetzung über Gehalt und Geltungskraft der Menschenrechtsidee von Anfang an begleiteten.







Biographie Hans Rosenberg

In der Geschichtswissenschaft gilt Hans Rosenberg (1904-1988) als Vordenker sozialgeschichtlicher Perspektiven, als Stammvater der "Bielefelder Schule" und einer der ersten Vertreter der These vom "deutschen Sonderweg", also der Vorstellung spezifisch deutscher Ursachen für die nationalsozialistische Machtübernahme. Seit den siebziger Jahren machten Sozialhistoriker, namentlich Hans-Ulrich Wehler, das Werk des Emigranten bekannt, indem sie für Neuauflagen und eine nachgeholte Rezeption sorgten. Zugleich vereinnahmten sie Rosenberg für ihren spezifischen Zugang zur (deutschen) Geschichte. Dass dessen Werk und Wirken in dieser Verortung nicht aufgeht, zeigt die 2020 abgeschlossene Rosenberg-Biographie von Dr. Franka Maubach.

Rosenbergs Lebensgeschichte und Werkentwicklung verdeutlicht, dass dieser wiederholt dazu ansetzte, Geschichte als histoire integrale zu schreiben und auf verschiedenen Ebenen zugleich - also politik- und ideen-, sozial- und wirtschaftsgeschichtlich – zu erforschen. Dieser Anspruch resultierte aus der Erfahrung der multiplen Krisen in der Endphase Weimars, in der das thematisch weit ausgreifende Frühwerk des Meinecke-Schülers entstand. Im amerikanischen Exil, wo er nur schwer Fuß fasste, scheiterte Rosenberg daran, die Geschichte der preußischen Junker als Geschichte einer Abweichung vom Pfad der westlichen Entwicklung darzustellen. Werkentwürfe sowie die "mündliche Geschichte" seiner Vorlesungen belegen, dass es für ihn keinen "special path" gab. Stattdessen arbeitete er sich an einer international vergleichenden (Vor-)Geschichte der westlichen Moderne ab. Dass er sich Ende der fünfziger Jahre vorübergehend zur Sonderwegthese bekannte, gründete in seiner Wahrnehmung restaurativer Tendenzen in der Bundesrepublik, war also politisch motiviert. Wie die verwickelte Geschichte der Übersetzungsversuche seiner Arbeiten ins Deutsche zeigt, stand Rosenberg entsprechenden programmatischen Äußerungen in seinem 1958 erschienenen Hauptwerk Bureaucracy, Aristocracy, and Autocracy später kritisch gegenüber.

Mit kritischem Blick beäugte Rosenberg auch – bei aller Sympathie für den neuen Ansatz – die Etablierung der "Bielefelder Schule". Einer dogmatisch betriebenen, übertheoretisierten und terminologisch überfrachteten Sozialgeschichte setzte er seine Vorstellung von "guter Geschichte" als integrativer, humanistischer Disziplin entgegen. Diese zeichnete sich für ihn durch den Versuch aus, die eigene beschränkte Perspektive zu übersteigen, Geschichte möglichst umfassend zu verstehen – und nicht zu vergessen, dass sie stets auf den Menschen bezogen bleiben sollte.



Studierende in der Forschung

Im vergangenen Jahr wurden zwei studentische Hilfskräfte des *Jena Center Geschichte des 20. Jahrhunderts* in das "Honours-Programm für forschungsorientierte Studierende" der Friedrich-Schiller-Universität aufgenommen. Das von Bund und Ländern geförderte Programm steht Studierenden aller Fachrichtungen offen und ermöglicht bereits während des Studiums vertiefte Einblicke in Forschungsprozesse, die als Vorbereitung für eine wissenschaftliche Karriere dienen sollen. Die Studierenden bewerben sich gemeinsam mit einer Betreuerin oder einem Betreuer und entwickeln eigene Forschungsprojekte, die sowohl finanziell als auch ideell durch Vernetzung mit anderen forschungsorientierten Studierenden und ein breites Workshop-Programm gefördert werden.

Leon Biela studiert seit 2017 in Jena Geschichte und Politikwissenschaft und war zu einem Auslandssemester an der Michigan State University in den USA. Sein Interessenschwerpunkt ist die Internationale Geschichte des 20. Jahrhunderts, insbesondere Imperialismus und Dekolonialisierung, der Kalte Krieg und die amerikanische Geschichte in internationaler Perspektive. Als Mitglied im ersten Jahrgang des Honours-Programms hat er ein eigenes Teilprojekt im Rahmen des Forschungsvorhaben von Dr. Daniel Stahl zur völkerrechtlichen Normierung des Waffenhandels und der Geschichte der Waffenhandelskontrolle im Persischen Golf der Zwischenkriegszeit entwickelt.

Die Waffenhandelskontrolle wurde zunächst durch das britische Empire als imperiales Herrschaftsinstrument etabliert, um die imperiale Ordnung in der Golfregion zu sichern und gemäß britischen Interessen auszuformen. Die Bevölkerungen des Golfs standen der rechtlichen Normierung und Kontrolle des Waffenhandels oft ablehnend gegenüber, während die lokalen Autoritäten zwischen der Ablehnung von und einem Eigeninteresse an Waffenhandelskontrollen schwankten. Staaten wie der Irak und der Iran versuchten darüber hinaus, die Waffenhandelskontrolle als Ansatzpunkt zur Zurückdrängung britischen Einflusses zu nutzen. Das Projekt untersucht diese Konstellationen und fragt nach den Praktiken der Kontrolle, ihren Verbindungen zur Bekämpfung des Menschenhandels sowie nach den Zusammenhängen zwischen der regionalen Kontrolle im Golf und den gleichzeitig stattfindenden Verhandlungen um internationale Waffenhandelskonventionen, insbesondere nach dem Einfluss des Völkerrechts auf die Kontrollpraxis.

Daniel Stahl unterstützte Leon Biela bei seiner Bewerbung im Honours-Programm, berät ihn als Mentor in fachlichen und methodischen Fragen und begleitet ihn nun auch auf dem Weg zu erster Sichtbarkeit in der Fachwissenschaft. So sollen Teile von Bielas Forschungsergebnissen in einer Aufsatzpublikation veröffentlicht und auf einer Konferenz im Sommer 2021 vorgestellt werden.





Forschung





Emilia Henkel studiert im Masterstudiengang "Geschichte und Politik des 20. Jahrhunderts" und arbeitet seit August 2020 im Rahmen des Honours-Programms an einem Forschungsprojekt unter dem Titel "Jahre ohne Kinder" zum Geburteneinbruch in Ostdeutschland in den neunziger Jahren. Ihr Forschungsinteresse an der Verwobenheit von Privatem und Politischem in der postsozialistischen Transformation entwickelte sie während ihres Bachelorstudiums der Friedens- und Konfliktforschung an der Universität Malmö, das sie mit einer Arbeit zum intergenerationellen Schweigen über biographische Brüche der Nachwendezeit in Ostdeutschland abschloss. In Jena studiert sie außerdem den Master "Bildung-Kultur-Anthropologie". Aufgrund ihrer interdisziplinären Ausbildung sind ihre Arbeiten methodisch von der Kulturanthropologie beeinflusst und stützen sich oft auf Oral History-Interviews.

Begleitet von ihrer Mentorin Dr. Franka Maubach im Forschungsverbund "Diktaturerfahrung und Transformation", in dessen Kontext sie Ergebnisse ihrer Arbeit schriftlich wie mündlich präsentieren wird, entwickelt Emilia Henkel eine neue erfahrungsgeschichtliche Perspektive auf die postsozialistische Transformation, die die ostdeutsche Gegenwart einbezieht. Da die Geburtenrate in Ostdeutschland während des deutschen Vereinigungsprozesses drastisch einbrach und 1991 nur noch die Hälfte des Wertes von 1989 erreichte, stellen die "halbierten Jahrgänge" der neunziger Jahre ostdeutsche Regionen vor große Probleme. Beispielsweise werden in Thüringen nach jahrelangem Einstellungsstopps allein innerhalb der nächsten fünf Jahre 20 Prozent der Lehrerinnen und Lehrer in Rente gehen.

Für Emilia Henkel, selbst 1995 in einem dieser schwachen Jahrgänge geboren, veranschaulicht die abstürzende Kurve der ostdeutschen Geburten zwei Aspekte des Umbruchs, die in der bisherigen Forschung vernachlässigt wurden: Zum einen illustriert sie, wie langfristig die Brüche der neunziger Jahre die ostdeutsche Gesellschaft prägen. Zum anderen zeigt der demographische Schock, wie tief die sogenannte Wende selbst in die intimsten Lebensbereiche der Menschen einschnitt – und damit weit mehr war als ein politischer und wirtschaftlicher Systemwechsel.



Von Jena nach New York

Giulio Salvati ist Absolvent des Masterstudiengangs Geschichte und Politik des 20. Jahrhunderts. Hier beschreibt er seinen Weg von Jena in die USA zur Promotion an der New York University und sein dortiges Forschungsprojekt.

Als ich im Wintersemester 2012 damit begann, den Masterstudiengang Geschichte und Politik des 20. Jahrhunderts an der Friedrich-Schiller-Universität Jena zu studieren, war ich als Politikwissenschaftler noch neu in der Geschichtswissenschaft. Außergewöhnliche Mentoren wie Prof. Jörg Nagler und Prof. Thomas Kroll ermutigten mich im Rahmen des Studiums, mich auf ein Auslandsjahr an der University of California, Berkeley zu bewerben. Die kalifornische Sonne und die amerikanischen Archive halfen mir, eine Masterarbeit zur Geschichte der Behandlung italienischer Kriegsgefangener in den USA zu verfassen. Durch die Diskussionen begriff ich erst, wie maßgeblich der italienische Bürgerkrieg 1943-1945 die Behandlung und die Erfahrung der Kriegsgefangenen beeinflusste. Während eine Gruppe der "Cooperators" über große Freiheiten verfügte und de facto der US-Armee gleichgestellt wurde, stand den "Non-Cooperators" ein Regime bevor, welches an Härte sogar die gängige Behandlung der deutschen Kriegsgefangenen übertraf.

Zurück in Jena bereitete ich die Bewerbungsunterlagen vor, um mich 2016 für das Graduiertenprogramm an der New York University einzuschreiben. In den darauffolgenden Jahren nahm ich in den USA, in Deutschland, Frankreich, Italien, Moldawien und sogar in den Vereinigten Arabischen Emiraten an Tagungen, Seminaren und Summerschools teil. Seit 2019 hat offiziell das PhD-Programm begonnen. Ziel ist es, die intellektuellen und personellen Traditionslinien zu erforschen, die die Kolonisierungspraxis in der Zwischenkriegszeit und die "Ansiedlung" der Flüchtlinge nach dem Zweiten Weltkrieg in Italien sowie in Deutschland verbinden. Erneut steht ein Vergleich im Mittelpunkt – und die Frage, inwieweit die Aufnahme der Flüchtlinge aus dem Sudetenland (Deutschland) sowie aus der östlichen Adria (Italien) im jeweiligen Land Maßstäbe für die Behandlung späterer Flüchtlingsgruppen gesetzt haben.

Der Aufenthalt in Jena liegt nun viele Jahre zurück, doch die dort geknüpften Netzwerke stellen nach wie vor das Fundament dar, auf dem meine lokale Tätigkeit als Kurator und Forscher im oberbayerischen Erding aufbaut. In Zeiten einer öffentlichen Verrohung und fehlenden Empathie für NS-Opfer setze ich zusammen mit ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern über die Plattform www.erding-geschichte.de und zuletzt durch die Crowdfunding-Kampagne "Gesicht für Gesicht" ein Zeichen. Diese Form der Auseinandersetzung und die dafür nötige Sensibilität hat mein Master-Jahrgang im Sommersemester 2012 erlernt, als uns unser Dozent Dr. Axel Doßmann auf die Archive und Denkmäler der Stadt Jena losließ.









Der aktuelle Jahrgang GP20

Zum Wintersemester 2020/21 nahm der dreizehnte Jahrgang des Masterstudiengangs Geschichte und Politik des 20. Jahrhunderts (GP20) sein Studium auf. Die nachfolgenden exemplarischen Selbstporträts sind der Homepage des Studiengangs entnommen.

Mein Name ist Lukas Bartl (25) und ich will nicht Bundeskanzler werden. Mir macht Geschichte – und insbesondere die des 20. Jahrhunderts – einfach Spaß, denn sie war für mich schon immer mit den Fragen meines alltäglichen Lebens und Verstehens verknüpft. Fragen der gesellschaftlichen Erinnerung faszinieren mich ebenso wie die Theorien der Internationalen Beziehungen. Doch ich kann mich auch für die Entwicklung der Fußballtaktik im vergangenen Jahrhundert begeistern. Gerade deswegen fühle ich mich im Master "Geschichte und Politik des 20. Jahrhunderts" wohl, denn er bietet politische, ökonomische, kulturelle, soziologische – schlichtweg enorm vielfältige Perspektiven, um die unsichtbare Macht von Geschichte zu verstehen: von einer Erinnerung, die uns generell zu wenig bewusst ist.

Mein Name ist Jil Kunert (24). Meinen Master hier in Jena habe ich im ereignisreichen und gefühlt längsten und kürzesten Jahr aller Zeiten begonnen, 2020. Meine persönliche Geschichte beginnt aber in Hessen; meinen Bachelor in Geschichts- und Kulturwissenschaften habe ich an der Justus-Liebig-Universität Gießen gemacht. Vor allem meine Nebenfächer, Englisch und Völkerrecht, ließen mich einen Fokus auf die internationale Geschichte, Menschen- und Völkerrecht sowie internationale Organisationen im 20. Jahrhundert werfen. Nach Jena zog mich vor allem dieser zeitliche Fokus, aber auch der interdisziplinäre Ansatz. Insbesondere hat mir die Möglichkeit sehr zugesagt, mich an der FSU weiter mit Menschenrechten, internationaler Geschichte und diesmal auch mit Politik auseinandersetzen zu können. Und mal sehen, wo mich dies alles in meiner eigenen Geschichte hinbringt.

Mein Name ist Lisa Oelmayer (24), ich komme aus dem Südwesten Deutschlands und studiere nun im ersten Semester den Master "Geschichte und Politik des 20. Jahrhunderts" hier an der FSU. Den Bachelor in Geschichtswissenschaft und Philosophie habe ich in Tübingen und Aix-en-Provence studiert und neben meinem Studium in und zu verschiedenen politischen Feldern gearbeitet. Die daraus resultierende Verbindung von historischer Betrachtung und eigener politischer Arbeit führte zu der Erkenntnis, dass die Gesellschaft des 21. Jahrhunderts vor sozialen, ökonomischen und politischen Herausforderungen und Konfliktlagen steht, die sich mit einem "Blick zurück" zwar nicht pauschal lösen lassen, aber besser verstanden werden können. Diesem Verständnis entsprechend ist das 20. Jahrhundert in seiner Komplexität bemerkenswert und durch die "Nähe" zum "Heute" für mich besonders interessant.



Tim Schanetzky, Tobias Freimüller, Kristina Meyer, Sybille Steinbacher, Dietmar Süß, Annette Weinke (Hrsg.) Demokratisierung der Deutschen

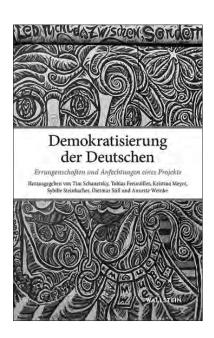
Errungenschaften und Anfechtungen eines Projekts

Lange wurde die Bundesrepublik als "geglückte Demokratie" beschrieben. Erst mit den Erfolgen des Rechtspopulismus schlug das Pendel ins andere Extrem um: Seither überschlagen sich Krisendiagnosen und Untergangsszenarien.

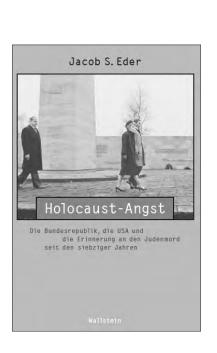
Vor diesem Hintergrund fragt der Band nach den Voraussetzungen und Eigendynamiken jenes Demokratisierungsprojekts, das seine Wurzeln im demokratischen Exil und in den alliierten deutschlandpolitischen Planungen des Zweiten Weltkriegs hatte. Verfolgt wird die Geschichte der Demokratisierung dabei bis in die Gegenwart: Erwartungen und Imaginationen geraten ebenso in den Blick wie staatliche Institutionen und Strukturen, wirtschaftspolitische Weichenstellungen sowie gesellschaftliche Diskurse und Mentalitäten. Die "Demokratisierung der Deutschen" wird als ein realer, mitunter gefährdeter, fast immer aber widersprüchlicher Prozess historisiert, dessen Entwicklung für die damaligen Zeitgenossen so wenig vorhersehbar war wie heute für uns.

Zum 65. Geburtstag von Norbert Frei erschienen, greift das Buch ein ihm zuletzt besonders wichtig gewordenes Thema auf. Es versammelt Beiträge von Kolleginnen und Kollegen, intellektuellen Weggefährten, aktuellen und früheren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern von Norbert Frei und wurde ermöglicht durch die großzügige Unterstützung von Dr. Christiane und Dr. Nicolaus-Jürgen Weickart sowie des Wallstein-Verlags. Besprechungen in der Süddeutschen Zeitung, der Frankfurter Allgemeinen und in den ersten Fachorganen fielen sehr positiv aus; die zweite Auflage wurde kürzlich ausgeliefert.

Wallstein Verlag Göttingen, erschienen April 2020, 501 Seiten







Mark Roseman ÜberLeben im Dritten Reich

Handlungsräume und Perspektiven von Juden und Ihren Helfern

Wie erlebten deutsche Juden nach 1933 die wachsende Diskriminierung und Verfolgung durch das NS-Regime und wie reagierten sie darauf? Mit seinen Analysen der zeitgenössischen Akteursperspektiven eröffnet Mark Roseman einen unmittelbaren Zugang zu deren Handlungen und Wahrnehmungen, frei von Deutungen, die erst im Wissen um das Ausmaß der NS-Vernichtungspolitik entstanden. Er begleitet seine jüdischen Protagonisten auf dem Weg der schrittweisen Entrechtung und ihrer wachsenden Erkenntnis eines beinahe ausweglosen Überlebenskampfes; er beleuchtet auch die Motive derer, die sich der antisemitischen Politik des Regimes verweigerten und den Betroffenen zu helfen versuchten. Daneben zeigt er, wie und warum Erinnerungen an die Zeit der Verfolgung verändert und überformt wurden. In einem abschließenden Gespräch reflektiert Mark Roseman über seine wissenschaftliche Sozialisation und seine Zugänge zu einer integrierten Holocaust- und Gedächtnisgeschichte.

Vorträge und Kolloquien, Bd. 26 Wallstein Verlag Göttingen, erschienen November 2020, 203 Seiten

Jacob S. Eder Holocaust-Angst

Die Bundesrepublik, die USA und die Erinnerung an den Judenmord seit den siebziger Jahren

Der Umgang der amerikanischen Politik, Kultur und Gesellschaft mit dem Holocaust hat dessen Nachgeschichte seit den siebziger Jahren weltweit geprägt – ob durch die Fernsehserie "Holocaust", das Washingtoner Museum, den Film "Schindlers Liste" oder die Goldhagen-Debatte. Wie hat man in Deutschland auf diese Entwicklung reagiert? Auf der Basis erstmals zugänglicher Quellen zeigt Jacob S. Eder, dass das Umfeld von Helmut Kohl, aber auch der Kanzler selbst, die zunehmende Beschäftigung der Amerikaner mit dem nationalsozialistischen Judenmord als Gefahr für die politischen Interessen und das Ansehen der Bundesrepublik betrachteten. Im Laufe der neunziger Jahre wurde freilich klar, dass der Umgang des Auslands mit dem Holocaust nicht zu steuern war – und wie wichtig ein eindeutiges Bekenntnis zur historischen Verantwortung ist.

Aus dem Englischen übersetzt von Jörn Pinnow.

Beiträge zur Geschichte des 20. Jahrhunderts, Bd. 27 Wallstein Verlag Göttingen, erschienen Mai 2020, 365 Seiten



Tobias Freimüller Frankfurt und die Juden

Neuanfänge und Fremdheitserfahrungen 1945-1990

War die Geschichte jüdischen Lebens in der Bundesrepublik in erster Linie ein langfristig erfolgreicher Prozess von Aussöhnung und Neubeginn nach dem Holocaust? Oder verharrten die wenigen jüdischen Überlebenden, die sich im "Land der Täter" ansiedelten, lediglich auf "gepackten Koffern" und traten öffentlich kaum in Erscheinung? Am Beispiel der Stadt Frankfurt am Main und der Juden, die dort nach 1945 lebten, zeigt sich die Widersprüchlichkeit und Komplexität der jüdischen Nachkriegsgeschichte Westdeutschlands wie unter einem Brennglas. In Frankfurt entstand unter dem Schutz der amerikanischen Besatzungsmacht rasch ein Netz jüdischer Institutionen und später eine intellektuelle Szene, deren Leuchtturm das aus dem Exil zurückgekehrte Institut für Sozialforschung war. Tobias Freimüller zeichnet die Neuanfänge und Brüche jüdischen Lebens als Geschichte von Migrations- und Fremdheitserfahrungen, aus denen sich in den 1980er Jahren schließlich ein neues jüdisches Selbstbewusstsein entwickelte.

Beiträge zur Geschichte des 20. Jahrhunderts, Bd. 28 Wallstein Verlag Göttingen, erschienen Mai 2020, 568 Seiten



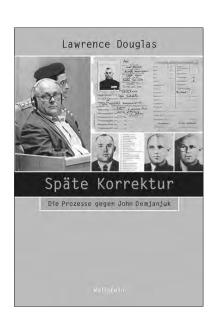
Die Prozesse gegen John Demjanjuk

Im Auftrag von Harper's Magazine kam der amerikanische Rechtswissenschaftler Lawrence Douglas im Herbst 2009 nach Deutschland, um über den Prozess gegen John Demjanjuk zu berichten, der wegen Beihilfe zum Mord in mindestens 27.900 Fällen angeklagt war. Lawrence Douglas schildert den Prozess gegen Demjanjuk vor dem Landgericht München II als Höhepunkt einer mehr als drei Jahrzehnte dauernden juristischen Auseinandersetzung: Der einstige "Trawniki" Iwan Demjanjuk hatte bereits in Israel und in den Vereinigten Staaten vor Gericht gestanden und war im Mai 2009 nach Deutschland ausgeliefert worden. Mit seiner tiefgreifenden Analyse der drei Prozesse gibt Douglas Antworten auf drängende Fragen, die nationale und internationale Strafgerichtshöfe seit den Nürnberger Prozessen beschäftigen. Douglas plädiert für eine (inter-)national starke Justiz, die frühere Fehler erkennt und korrigiert.

Aus dem Englischen übersetzt von Felix Kurz.

Beiträge zur Geschichte des 20. Jahrhunderts, Bd. 29 Wallstein Verlag Göttingen, erschienen Juni 2020, 297 Seiten





Leitung Prof. Dr. Norbert Frei

Stellvertretung apl. Prof. Dr. Annette Weinke

Mitglieder Prof. Dr. Carola Dietze

Prof. Dr. Jörg Ganzenmüller

Prof. Dr. Anke John Prof. Dr. Volkhard Knigge Prof. Dr. Thomas Kroll Prof. Dr. Gisela Mettele

Prof. Dr. Joachim von Puttkamer

PD Dr. Tim Schanetzky

Internationaler Prof. Dr. Włodzimierz Borodziej (Warschau)

Beirat Prof. Dr. Philippe Burrin (Genf)

Prof. Dr. Saul Friedländer (Los Angeles)

Prof. Sir Ian Kershaw (Sheffield)

Prof. Dr. Charles S. Maier (Cambridge, MA)

Prof. Dr. Lutz Niethammer (Jena)
Prof. Dr. Henry Rousso (Paris)
Prof. Dr. Irina Scherbakowa (Moskau)
Prof. Dr. Fritz Stern (1926-2016)

Wissenschaftliche

Geschäftsführung

Dr. Jenny Price

Studentische Gizem Acikgöz Hilfskräfte Hannes Walter

Finanzierung Gründung und laufende Finanzierung des Jena Center

beruhen auf einer großzügigen privaten Spende von Dr. Christiane und Dr. Nicolaus-Jürgen Weickart.

Impressum: Jena Center Geschichte des 20. Jahrhunderts

Historisches Institut

Friedrich-Schiller-Universität Jena

07743 Jena

Jena.Center@uni-jena.de www.JenaCenter.uni-jena.de Redaktion: Dr. Jenny Price